

Kommentar

Ulrich Blum*

Si vis pacem para bellum

<https://doi.org/10.1515/sirius-2022-1011>

Sich auf einem Zarenthron flegelnd und mit einer Kalaschnikow auf den Knien, so stellte der Economist am Anfang des Jahres Putin dar. Es scheint offensichtlich: Russland will den Konflikt – nicht zwingend militärisch, aber diese Möglichkeit ist einkalkuliert, weil er seitens einer Nuklearmacht kaum verloren werden kann. Moskau hat den hybriden Krieg längst eröffnet, weil es zwei Räume erobern will: den territorialen, um mit Weißrussland und der Ukraine an sowjetische Größe anzuknüpfen, und darüber hinausreichende hybride Räume, um den westlichen Werten der Aufklärung Einhalt zu gebieten. Russland ist gut vorbereitet – ebenso für den Angriff wie die Verteidigung. Für letztere hat es in den vergangenen Jahren vor allem seine makroökonomische Resilienz massiv gesteigert: Verringerung der Abhängigkeit vom Dollar, Auftürmen eines Goldschatzes, Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis vor allem in der Versorgung mit Agrargütern. Die Kooperation mit China hilft, Lücken bei strategischen Gütern zu füllen.

In diesem hybriden Krieg nutzt Russland die Breite der verfügbaren Instrumente: politisch versucht es, durch das Unterstützen rechter Gruppierungen die Stabilität des Parteien- und Parlamentssystems in Europa aufzumisern. Juristisch untersagt es beispielsweise Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Mittel aus dem Ausland anzunehmen, unterdrückt die eigene Opposition und kappt damit wichtige Verbindungen aus dem eigenen Land in den Westen. Durch gezielte, finanzielle Dotationen und Pöstchen an meinungsstarke Personen im Westen beeinflusst es den öffentlichen Diskurs. Informatorisch manipuliert es gezielt durch einen Sender wie RT (*Russia Today*). Auf kognitiver Ebene suggeriert es, dem Land sei nach 1990 massiv strategisches Unrecht getan worden, folglich hätten die gegenwärtigen Spannungen allein der Westen zu verantworten.

Den Autor dieser Zeilen erreichen in den letzten Monaten Anfragen aus Ostasien, ob wegen Taiwan demnächst der große Krieg ausbreche – es herrsche dort

*Kontakt: Dr. Ulrich Blum ist Professor emeritus an der Universität Halle-Wittenberg und Geschäftsführer des ITEL-Deutschen Lithiuminstituts; E-Mail: ulrich.blum@wiwi.uni-halle.de

Kriegsstimmung, ja Kriegsangst. Gerät die Weltordnung angesichts der Rivalität zwischen dem Westen und Russland bzw. dem Westen und China aus den Fugen, hat sie ihre neue Balance noch nicht gefunden? Kann man überhaupt noch von „dem Westen“ sprechen? Wie stellt sich die aktuelle bzw. künftige Rivalität China-Russland dar?

China bereitet sich intensiv auf einen harten Wirtschaftskrieg vor, aber auch hier ist, wenn man die Entwicklung der Streitkräfte analysiert, die militärische Eskalation einkalkuliert. Seit knapp dreißig Jahren, beginnend mit einer hochwirksamen Bildungsreform, gelingt es dem Land, den relativen Anteil der Importe an seiner Wertschöpfung stetig zu reduzieren – jedes Jahrzehnt um rund zehn Prozent. Dies geschieht ganz gegen den globalen Trend, bei welchem ein massives Ausweiten der Importanteile zu beobachten ist. Diese asymmetrische Entkopplung scheint nur deshalb nicht aufzufallen, weil durch das starke Wachstum des Reichs der Mitte in absoluten Zahlen gesehen die Importe steigen. Mit dem Programm „Made in China 2025“ will das Land innerhalb einer Dekade zum globalen Innovationsführer werden. Mit dem vor einem Jahr konzipierten System der zwei Wirtschaftskreisläufe, einem für die Stabilisierung der Binnenökonomie und einen, der das Ausland abhängig machen soll, ergänzt es diese Bestrebungen. Der Kommunistischen Partei Chinas scheint bewusst zu sein, dass analog zu den Kosten des Militärs auch Kosten der Resilienz von Gesellschaften entstehen und geschultert werden müssen. Nur so kann glaubhaft das ganze Instrumentarium für eine ambitionierte außenpolitische Agenda eingesetzt werden, bei der es darum geht, die westliche Welt in die Schranken zu weisen und gegebenenfalls auch Abschreckung herzustellen. Das Erreichen makroökonomischer Resilienz ist für China ein wichtiges Element strategischer Glaubwürdigkeit und sollte es für uns auch sein.

Deutschland und vor allem Europa ist dieses Denken aber fremd. Aber wir müssen uns für diese Auseinandersetzung wappnen, zunächst mit Sicherheit im Sinne klassischer, glaubhafter militärischer Abschreckung. Die offene Flanke Russlands liegt aber im Ökonomischen: auf diese muss die gesamte Breite hybrider Gegenmaßnahmen abzielen, um Wohlverhalten zu erzwingen. *Raising rivals' costs* ist das Stichwort. Die Frage ist nur: wie? Soll man eigene strategische Exporte oder Importe beschränken? Liegt die höchste Wirksamkeit möglicherweise dort,

wo Russland fehlende Güter nur schwer ersetzen und neue Absatzmärkte finden kann, oder wo das Handelsvolumen groß ist? Vor allem darf der Westen nicht in die Falle laufen, angesichts einer Bündelung hybrider, aber in jedem Fall konflikttechnisch unterkritischer und symmetrischer Angriffe aus Russland nur asymmetrische Reaktionen im Sinne eines Overkills als Optionen zu haben, die dann politisch nicht durchsetzbar sind. General Gerasimow, russischer Generalstabschef, sieht dies als erfolgreichste Methode an, den Westen unter Druck zu setzen.

Deutschlands Position zu China muss hingegen differenzierter ausfallen, ist es doch nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt, der angesichts US-amerikanischer Unwägbarkeiten für den Wohlstand unseres Landes relevant ist, sondern war bisher auch ein Partner. Denn Trump könnte zurückkehren und Biden hat den wirtschaftlichen Antagonismus zwischen den USA und Europa nicht wirklich aufgelöst. Auch China ist natürlich in vielerlei Hinsicht ein problematisches Land und ist mehr Rivale als Partner. Aber eine europäische Politik der zwei Kreisläufe, wie sie China betreibt, neudeutsch *reshoring*, benötigt Jahre um wirksam zu werden. Mit Sicherheit gilt: China ist liefer- und absatzseitig in vielen Branchen kurz- bis mittelfristig nicht zu ersetzen. Und dennoch: Ein *reshoring* ist in Maßen sinnvoll angesichts der immensen Risikokosten global zunehmend fragiler Lieferketten. Es ist zudem ökonomisch folgerichtig und dient der politischen Selbsterhaltung.

Was also sollte man tun? Zunächst gilt es, das eigene Wirtschaftssystem mittel- und langfristig resilienter zu machen: Stichworte sind Technologiesouveränität durch Forschung und Entwicklung sowie das Setzen von Standards und Normen. Hier könnte in der EU im Rahmen einer sinnvollen Aufgabenteilung, die die Wettbewerbsvorteile der einzelnen Länder in bestimmten Sektoren ausschöpft, eine Menge geleistet werden. Darüber hinaus ist die Kooperation mit Ländern gleicher Wertesysteme zu festigen. Die EU muss sich vor allem auf Zukunftsthemen konzentrieren. In erster Linie ist die Abhängigkeit von strategischen Rohstoffen zu verringern. Derzeit herrscht eher der Ausverkauf eigener kritischer Ressourcen an Systemrivalen (Lithiumvorkommen an China) vor, und die europäische Energiepolitik ist weitgehend widersprüchlich. Schließlich muss der Westen selbst ein Instrumentarium aufbauen, um den vielen asymmetrischen Angriffen der Systemrivalen Russland und China breit gefächerte Antworten entgegenzusetzen. Die westliche Staatengemeinschaft benötigt im Falle Russlands eine Antwort auf die militärischen Sticheleien im Donbass und Truppenbewegungen an der russisch-ukrainischen Grenze, auf den Migrationsdruck an den westlichen Außengrenzen Weißrusslands, auf die russische Politik der

Liquidierung von unliebsamen Personen, die im Westen Zuflucht gefunden haben, auf das Blockieren von Meerengen, um Küstenstädte ökonomisch zu strangulieren, auf die Cyberattacken auf Parlamente, Kraftwerke und sonstige Versuche, das zivile Leben aus dem Tritt zu bringen. Im Falle Chinas gilt es, Instrumente zu entwickeln, die das Eindringen in den Luftraum der asiatischen Nachbarn verhindern, die eine Rohstofferkundung und -förderung in mindestens umstrittenen, wenn nicht gar fremden Gewässern unterbinden, die die Diskriminierung ausländischer Unternehmen bei Marktzugang und Investitionen in China verhindern und die gegen das Dumping auf den Weltmärkten vorgehen. All dies wird zu stetig wachsenden Risikokosten des Welthandels führen, welche die aktuelle Deglobalisierung antreiben.

Ein wirksamer Sanktionscocktail muss daher sorgsam vorbereitet werden, denn Sanktionen können die großen Wohlstandsquellen der letzten dreißig Jahre verschütten. Einzelne Maßnahmen können räumlich, sachlich – auf Märkte oder Institutionen zielend –, zeitlich oder personal bestimmt sein. Primärsanktionen wirken direkt auf den zu Sanktionierenden. Sekundärsanktionen wirken auf den Sanktionierten durch Druck auf scheinbar Unbeteiligte, beispielsweise Handelspartner, die man zu Maßnahmen verpflichtet, wie den Abbruch von Handelsbeziehungen. Die USA haben dieses extraterritoriale Durchsetzen eigener Sanktionsnormen zu einem mächtigen Instrument, beispielsweise gegenüber dem Iran oder Nord-Korea, entwickelt. Schließlich sind die Rückwirkungen auf die eigene Gesellschaft und Wirtschaft ebenso zu bewerten wie die Frage, ob die Sanktionen gerade diejenigen treffen, um deren Schutz es geht, und das zu attackierende Regime gestärkt wird, weil auf der einen Seite das Zerstören zivilgesellschaftlicher Strukturen erleichtert wird, andererseits ein *rally around the flag* Effekt entsteht. Es ist zu prüfen, ob nicht bei Wirtschaftssanktionen mafiöse Strukturen beim Umgehen der Sanktionen entstehen, die im Falle eines Regimewechsels nicht automatisch untergehen. Dies schränkt die Möglichkeiten bei offenen Gesellschaften und für in globale Lieferketten eingebundene Volkswirtschaften massiv ein. Das neue „Handelsinstrument“ der EU ist nur ein erster Schritt. Wichtig ist dabei, sich alle Optionen offen zu halten und die *public diplomacy* entsprechend einzurichten. Von vorneherein auf bestimmte Sanktionen zu verzichten, beispielsweise den Ausschluss aus dem SWIFT-Finanzsystem oder eine Nicht-Inbetriebnahme von Nord Stream-2, schwächt die eigene Position. Auch sind die Folgekosten für die eigenen Volkswirtschaften einzurechnen. Man kann natürlich argumentieren, dass das Akzeptieren hoher eigener Opfer bei den Sanktionen deren Glaubhaftigkeit erhöht, aber im

Zweifelsfälle macht es mehr Sinn, Sanktionen zu verhängen, von denen die andere Seite stärker betroffen sein wird als man selbst. Vor dem Aussprechen von Sanktionen sind eigene Ineffizienzen, die ihre Wirksamkeit behindern, zu eliminieren, beispielsweise lange Vorankündigungszeiten, die dem zu Sanktionierenden Zeit für Anpassungsmaßnahmen geben.

Zu prüfen ist, ob Unternehmen oder Staaten Träger der Abschreckung sein sollen. Das ist deshalb nicht trivial, weil mit China und Russland zwei Staaten auftreten, die ihre Wirtschaft weitgehend kontrollieren. Und der Westen wird feststellen, dass er im Zuge der Pandemiebekämpfung viele Marktaktivitäten auf den Staat verlagert hat und selbst dem Protektionismus frönt – was übrigens die Wirksamkeit wirtschaftlicher Sanktionswaffen schwächt. Zudem ist seine makroökonomische Resilienz gesunken, was seine strategische Glaubwürdigkeit untergräbt.

Es bleiben in jedem Fall zwei wichtige Ansatzpunkte, um hybride Angriffe abzuwehren: Nichts fürchtet Russland so sehr wie einen Preiskollaps am Öl- und Gasmarkt. Putin hat nicht vergessen, dass dieser ein Treiber des Auseinanderbrechens der Sowjetunion war. Eine langfristige Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen – das betrifft derzeit Öl, Gas und Kohle – wäre ein zentrales Signal. Ein vom Westen als „Club“ aufgebautes globales Umweltregime, das fossiles Preisdumping verhindert, wäre eine weitere Hilfe. Nichts fürchtet China so sehr wie die Nichtverfügbarkeit westlicher Mikrotechnologie.

Amerikanische Schätzungen gehen davon aus, dass die derzeitigen Sanktionsmaßnahmen einen Rückgang der Wirtschaftsleistung Chinas von 2 bis 3 Prozent bewirken. Zu ergänzen ist dies durch weitere Instrumente: Wichtig ist das Nichtgenehmigen von Unternehmensbeteiligungen und -übernahmen, die verschärfte Kontrolle bestimmter Warenströme und veränderte Priorisierungen der Entladung an den großen Häfen – was möglicherweise Verzögerungen mit sich bringt – bis hin zu Cyber- (Gegen-) Attacken, dem Ausschluss vom internationalen Zahlungsverkehr oder dem Beschlagnahmen „feindlichen“ Vermögens bei gleichzeitigem Versperren des Rechtswegs – alles nicht schön, aber auch seitens der Demokratien machbar. Allein die Betrachtung möglicher Instrumente signalisiert Abwehrbereitschaft und erhält Frieden – militärisch, politisch und wirtschaftlich.

Dies alles reicht aber nicht aus. Deutschland muss lernen, in der geostrategischen Debatte innovativ von vorne zu führen. Das Geschehen einfach hinzunehmen, nur verbal und unter Verweis auf die Vorteile allgemeiner Kooperation zu reagieren, ist fahrlässig. Es setzt die falschen Signale. Führung bedeutet insbesondere, sich in die Position des Rivalen zu versetzen, um ihn zu verstehen und eigene Antworten auf dessen Strategien zu formulieren. Derartige Position müssen mühsam und unter Hinzuziehung von Sachverstand entwickelt werden und dürfen nicht im Wege von hastig hingeworfenen Interviewaussagen oder Politiker-Tweets erfolgen.